

Секция «Немецкий язык и право (на немецком языке)»

Die Probleme des Föderalismus in der BRD.

Ефремов Семен Дмитриевич

Студент (бакалавр)

Московский государственный университет имени М.В.Ломоносова, Юридический факультет, Москва, Россия

E-mail: esd-1995@list.ru

Deutschland ist ein föderativer Staat und besteht aus 16 Bundesländern. Solche Ordnung sichert politische Vielfalt und Demokratie. Aber vielleicht genügt man kleinere Anzahl die Bundesländer.

Die Bundesländer werden in diesem Zustand nach der Verfassung von 1949 formiert. Dabei beachteten die traditionellen Besonderheit und die historischen Grenze.

Aber die einigen Länder zurechtkommen mit seinen Pflicht nicht und existieren nur durch Subversion die anderen Länder. Zum Beispiel: die Verschuldung aufstellen in Saarland und Bremen rund 20 Milliarden Euro, in

Nordrhein-Westfalen rund 200 Milliarden Euro. Einige Politiker anbieten, die Anzahl der Bundesländer zu reduzieren. Es bringt die finanzielle Erleichterung für die arme Bundesländer und ermöglicht einen vergleichbaren Lebensstandard im ganzen Land. Das ist einer von Ziel das GG.

Nur auf den Inhalt 16 die Landesregierungen, die Landtagen wird Milliarden von Haushaltsmitteln verbraucht, aber Verneinung einiger Bundesländer erlaubt, die Verwaltungskosten einzusparen.

Die Situation wird verschärft, nach der Lösung des Bundestages: ab 2020 dürfen die Bundesländer keine neuen Schulden mehr machen. Einige Ökonomen rechnen deshalb mit einer finanzpolitischen Katastrophe.

Die Idee der Vereinigung der Länder ist nicht neu. Die Vereinigung während die Verfassungswirkung gelingt nur einmal. Es ist Baden-Württemberg. Baden-Württemberg wurde in 1952 durch die Fusion der Länder Württemberg-Baden, Baden, und Württemberg-Hohenzollern gebildet. Zum letzten Male versuchte es, in

1996 Berlin und Brandenburg zu vereinigen. Es scheiterte am Votum der Brandenburger.

Aber die politischen und ökonomischen Verhältnisse ändern sich. Zum 60-jährigen Bestehen der Bundesrepublik ergab eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, dass immerhin jeder vierte Bürger der Ansicht ist, Bundesländer seien bereit, 57 Prozent der Befragten würden eine Fusion ihres Landes mit dem Nachbarland befürworten.